S 38 KA 261/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land
Sozialgericht
Sachgebiet
Abteilung
Kategorie
Bemerkung
Rechtskraft
Deskriptoren

Leitsätze

Freistaat Bayern Sozialgericht München Vertragsarztangelegenheiten

Urteil

-

ist.

-1. Eine Frist für die Nachbesetzung einer Arztstelle nach § 103 Abs. 4a S. 5 SGB V

ist gesetzlich nicht geregelt.

- 2. Aus dem Gesichtspunkt der Bedarfsplanung, der Verpflichtung der Zulassungsgremien zum Abbau der Überversorgung und aus Sinn und Zweck der Vorschrift des § 103 Abs. 4a S. 5 SGB V ergibt sich, dass die Nachbesetzung grundsätzlich zeitnah nach dem Freiwerden der Arztstelle erfolgen soll und nicht für eine unbegrenzte Zeit, insbesondere zur Sicherung der Arztstelle und des Versorgungsauftrages möglich
- 3. In Analogie zu § 95 Abs. 6 S. 3 SGB V erscheint es verhältnismäßig und zumutbar (vgl. BSG, Urteil vom 19.10.2011, Az B 6 KA 23/11 R), eine Nachbesetzung der Arztstelle innerhalb von sechs Monaten ab Freiwerden der Arztstelle zu fordern.
- 4. Liegen besondere Umstände vor, die die Einhaltung der Frist deutlich erschweren oder sogar unmöglich machen, ist diese Frist auf Antrag hin angemessen zu verlängern. Es handelt sich hierbei um eine im Ermessen stehende Härtefallregelung. Die Einräumung einer Nachbesetzung einer Arztstelle über ein Jahr ab dem Freiwerden der Arztstelle hinaus lässt sich

auch unter Härtefallgesichtspunkten nicht

rechtfertigen.

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 38 KA 261/21 Datum 24.10.2023

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

I. Die Klage wird abgewiesen.

II. Die KlĤgerin trĤgt die Kosten des Verfahrens.

Tatbestand:

Die zum Sozialgericht München eingelegte Klage richtet sich gegen die Entscheidung des Berufungsausschusses aus der mÃ⅓ndlichen, nicht-öffentlichen Verhandlung vom 15.07.2021. Der beklagte Berufungsausschuss lehnte den Antrag auf Verlängerung der Frist zur Nachbesetzung einer Angestelltenstelle mit Bedarfsplanungsfaktor 0,5 (Facharzt fÃ⅓r Physikalische und Rehabilitative Medizin) bis zum 30.04.2021 ab. Die Klägerin verfÃ⅓gte Ã⅓ber eine Genehmigung zur Anstellung von Dr. P. D. Diese Genehmigung endete zum 31.10.2019. Mit Beschluss des Zulassungsausschusses vom 19.02.2020 wurde entsprechend dem Antrag der Klägerin die Nachbesetzungsfrist bis 31.10.2020 verlängert. Zur BegrÃ⅓ndung des neuen Antrags (erneute Verlängerung der Nachbesetzungsfrist bis 30.04.2021) wurde ausgefÃ⅓hrt, es sei sehr schwierig einen entsprechenden Facharzt zu finden. Es gebe viele offene Facharztstellen.

Nachbesetzungsfrist bis 30.04.2021) wurde ausgefA½hrt, es sei sehr schwierig einen entsprechenden Facharzt zu finden. Es gebe viele offene Facharztstellen. Hinzu komme, dass durch die SARS-COV-2 Pandemie die Besetzung von Arztstellen zusĤtzlich erschwert werde.

Dem entgegnend verwies der Beklagte auf die Rechtsprechung des

Dem entgegnend verwies der Beklagte auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 19.10.2011, Az <u>B 6 KA 23/11 R</u>). Nach Auffassung des Bundessozialgerichts sei grundsĤtzlich eine Frist von sechs Monaten nach Freiwerden der Arztstelle zu wahren. Dies bedeute hier, dass grundsĤtzlich eine Nachbesetzung bis 31.03.2020 mĶglich sei. Die Anforderungen wĹ⁄₄rden jedoch dann nicht gelten, wenn nur eine Arztstelle mit einem BeschĤftigungsumfang von 1/4 zur VerfĹ⁄₄gung stehe. Hier aber geht es um eine Besetzung einer 0,5 Arztstelle. Insofern seien die von der Rechtsprechung aufgestellten Anforderungen zu beachten. Den besonderen UmstĤnden (Besetzungsschwierigkeiten mangels Vorhandensein entsprechender FachĤrzte; SARS-COV-2 Pandemie) sei bereits mit der ersten VerlĤngerung bis 31.10.2020 Rechnung getragen worden. Insofern

seien die UmstĤnde als HĤrtefall anerkannt worden.

Dagegen legte die Klägerin Klage zum Sozialgericht Mþnchen ein. Zur Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 19.10.2011, Az <u>B 6 KA 23/11</u> R) wurde vorgetragen, das BSG habe die hier vorliegende besondere Konstellation in seiner Entscheidung nicht berþcksichtigen können. Im Ã□brigen ergebe sich eine Verlängerung der Nachbesetzungsfrist aus keiner gesetzlichen Vorschrift. Sie sei vielmehr aus einer Analogie zu § 95 Abs. 6 S. 3 SGB V entwickelt worden. Zu berücksichtigen sei auch, dass hier nur eine 0,5 Stelle und nicht eine 1,0 Stelle zu besetzen sei. Insgesamt wäre daher eine weitere Verlängerung sachgerecht und ermessensfehlerfrei gewesen.

Der Beklagte verwies in seiner Replik auf seine Ausf $\tilde{A}^{1/4}$ hrungen im angefochtenen Widerspruchsbescheid hin.

In der mündlichen Verhandlung am wurde die Sach-und Rechtslage mit den Beteiligten 24.10.2023 besprochen.

Auf Frage des Gerichts, ob bis zum beantragten Zeitpunkt, also bis zum 30. 04.2021 ein Nachfolger gefunden worden sei, wurde seitens des BevollmĤchtigten der KlĤgerin mitgeteilt, man habe im Hinblick auf das streitgegenstĤndliche Verfahren die Suche nach einem geeigneten Nachfolger nicht mehr weiterverfolgt. Der BevollmĤchtigte der KlĤgerin stellte den Antrag aus dem Schriftsatz vom 23.09.2021, beschrĤnkt auf den Hauptantrag.

Die Vertreterin des Beklagten beantragte, die Klage abzuweisen.

Beigezogen und Gegenstand des Verfahrens war die Beklagtenakte. Im ̸brigen wird auf den sonstigen Akteninhalt, insbesondere die Schriftsätze der Beteiligten, sowie die Sitzungsniederschrift vom 24.10.2023 verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist unbegründet. Der angefochtene Bescheid des Berufungsausschusses aus der Sitzung vom 15.07.2021 ist als rechtmäÃ□ig anzusehen.

Der Beklagte hat zu Recht den VerlĤngerungsantrag der KlĤgerin auf Nachbesetzung bis zum 30.04.2021 abgelehnt. Nach <u>§ 103 Abs. 4a S. 5 SGB V</u> ist Medizinischen Versorgungszentren die Nachbesetzung einer Arztstelle mĶglich, auch wenn ZulassungsbeschrĤnkungen angeordnet sind. Da die Anstellung von Herrn Dr. P.D. zum 31.10.2019 endete, machte die KlAzgerin von ihrem Recht Gebrauch, die Nachbesetzung dieser Arztstelle mit einem Bedarfsplanungsfaktor 0,5 zu beantragen. In diesem Fall ist entsprechend dem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG, Urteil vom 19.10.2011, Az B 6 KA 23/11 R) grundsÄxtzlich eine Nachbesetzung der Arztstelle innerhalb von sechs Monaten ab Freiwerden der Arztstelle vorzunehmen. Dies bedeutet, dass eine Nachbesetzung bis zum 31.03.2020 zu erfolgen hÄxtte. Im Hinblick auf die von der KlÄxgerin geschilderten UmstĤnde (Arztsuche trotz aller Bemýhungen bislang vergebens; pandemisches Geschehen) wurde dem Antrag auf Verläxngerung der Frist um maximal sechs weitere Monate bis zum 31.10.2020 stattgegeben. Auch nach Auffassung des Gerichts hat die KlAzgerin keinen Anspruch auf die beantragte abermalige VerlĤngerung der Nachbesetzungsfrist bis zum 30.04.2021. Eine Ermessensüberschreitung bzw. ein Ermessensfehlgebrauch ist nicht

ersichtlich. Denn bei § 103 Abs. 4a S. 5 SGB V handelt es sich um eine

Ausnahmevorschrift, die Medizinischen Versorgungszentren auch bei ̸berversorgung die Möglichkeit eröffnet, eine vakant gewordene Arztstelle neu zu besetzen. Der KlĤgerin ist zwar einzurĤumen, dass der Gesetzgeber Fristen für die Nachbesetzung nicht vorgesehen hat. Aus dem Gesichtspunkt der Bedarfsplanung, der Verpflichtung der Zulassungsgremien zum Abbau der ̸berversorgung und aus Sinn und Zweck der Vorschrift des <u>§ 103 Abs. 4a S. 5</u> SGB V ergibt sich jedoch, dass die Nachbesetzung grundsÄxtzlich zeitnah nach dem Freiwerden der Arztstelle erfolgen soll und nicht fA¹/₄r eine unbegrenzte Zeit, insbesondere zur Sicherung der Arztstelle und des Versorgungsauftrages mäßlich ist. In Analogie zu <u>§ 95 Abs. 6 S. 3 SGB V</u> erscheint es verhältnismäÃ∏ig und zumutbar (vgl. BSG, Urteil vom 19.10.2011, Az <u>B 6 KA 23/11 R</u>), eine Nachbesetzung der Arztstelle innerhalb von sechs Monaten ab Freiwerden der Arztstelle zu fordern. Liegen besondere UmstĤnde vor, die die Einhaltung der Frist deutlich erschweren oder sogar unmĶglich machen, ist diese Frist auf Antrag hin angemessen zu verlĤngern. Davon hat die KlĤgerin mit ihrem Antrag auf VerlĤngerung der Frist bis 31.10.2020 Gebrauch gemacht, dem der Zulassungsausschuss auch mit seinem Beschluss vom 19.02.2020 entsprochen hat. Damit hat der Zulassungsausschuss den von der Klägerin vorgetragenen Umständen (Arztsuche trotz aller Bemühungen bislang vergebens; pandemisches Geschehen) im Rahmen der im Ermessen stehenden HÃxrtefallregelung Rechnung getragen. Der KlÃxgerin wurde es ermöglicht, die Nachbesetzung innerhalb eines Jahres vorzunehmen. Für eine weitere Verlängerung aus Gründen, die bereits zu der erstmaligen Fristverlängerung geführt haben, besteht nach Auffassung des Gerichts im Hinblick auf die oben genannten Gesichtspunkte, insbesondere den Gesichtspunkten der Bedarfsplanung kein Raum. Die EinrĤumung einer Nachbesetzung einer Arztstelle ļber ein Jahr ab dem Freiwerden der Arztstelle hinaus l\(\tilde{A}\)xsst sich auch unter Härtefallgesichtspunkten nicht rechtfertigen. Im Ã∏brigen wurde in der mündlichen Verhandlung am 24.10.2023 deutlich, dass Fachärzte für Physikalische und Rehabilitative Medizin nur in geringer Zahl ausgebildet werden und deshalb kaum verfügbar sind. Daraus mag sich erklären, dass die Suche der Klägerin nach einem Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin nicht zum Erfolg geführt hat und auch nicht absehbar war, dass bis zum 30.04.2021 ein Nachfolger gefunden werden konnte und wann ein solcher Facharzt zur Verfļgung steht. In diesem Fall wĤre es mit den GrundsĤtzen der Bedarfsplanung und vor allem mit dem Erfordernis, eine bestehende Ã\(\text{Dberversorgung abzubauen, nicht zu}\) vereinbaren, eine weitere VerlĤngerung der Nachbesetzungsfrist zu gewĤhren. Was den Hinweis des BevollmÄxchtigten der KlÄxgerin betrifft, es handle sich hier lediglich um eine Nachbesetzung einer 0,5 Stelle, hat das Bundessozialgericht in der oben genannten Entscheidung (aaO) auch ausgeführt, dass die Anforderungen nicht für eine 0,25 Stelle gelten, wohl aber für eine Nachbesetzung einer 0,5 Arztstelle. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Aus den genannten $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nden war die Klage abzuweisen. Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}}{8}$ 197a SGG in Verbindung mit $\frac{\hat{A}}{8}$ 154 Abs. 1 VwGO.

Erstellt am: 03.11.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024